

DIE AKTUELLE ENTWICKLUNG DES RECHTS DER ZWANGSVOLLSTRECKUNG IN UNGARN*

DR. JÁNOS NÉMETH

Universitätsdozent

I. Einleitung

1. Für die Geltung des Rechtes ist im allgemeinen die *freiwillige Befolgung* charakteristisch. Die restlose Durchsetzung der Rechtsregeln jedoch wird — neben der die freiwillige Befolgung fördernden Erziehung und Überzeugung — letzten Endes auch in unserer Gesellschaft durch die *zwingende Kraft des Staates* gewährleistet. Dieser Zwang wird auf dem Wege eines spezifischen Rechtsinstitutes der dazu berufenen staatlichen Organe: durch die *Vollstreckung* angewandt.

2. Es werden zwei Hauptarten der Vollstreckung unterschieden:

- die Strafvollstreckung und
- die Vermögensvollstreckung.

Bei der Abgrenzung dieser Arten der Vollstreckung ist entscheidend, ob die Zwangsmassnahmen im Laufe der Vollstreckung hauptsächlich und unmittelbar die *Person* bzw. das *Vermögen* des Rechtsverletzers betreffen.

Die Vermögensvollstreckung ist durch den Vermögenszwang gekennzeichnet; zuerst wird nur ein bestimmtes Vermögensrecht des Schuldners beschränkt, später erlischt dieses dann. Das ungarische Rechtssystem kenn — tabhängig davon, ob der Zwang vom Gericht, von der Verwaltungsbehörde oder vom Arbeitgeber des Schuldners angewandt wird — *drei Arten der Vermögensvollstreckung*:

- a) die *Gerichtsvollstreckung* (die Zwangsvollstreckung),
- b) die *Verwaltungsvollstreckung* und
- c) die *direkte Vollstreckung*.¹

* Bei der Studie handelt es sich um das Nationalreferat zum Thema: „Die aktuelle Entwicklung des Rechts der Zwangsvollstreckung“, das nach den vom Generalrapporteur angegebenen Standpunkten angefertigt wurde für den VII. Internationalen Kongress für Prozessrecht (II. Internationaler Kongress für Zivilprozessrecht), der zwischen dem 12. und 17. September 1983 in Würzburg stattfindet.

Vom Gesichtspunkt des von uns untersuchten Themas aus ist die *Gerichtsvollstreckung* bestimmenden Charakters — also das relativ selbständige und in der Regel sich an ein anderes, einen Rechtsstreit entscheidendes Verfahren anschliessende *aussergerichtliche Zivilverfahren*, im Laufe dessen das Gericht bzw. das neben dem Gericht funktionierende Organ im allgemeinen durch Vermögenszwang, im Ausnahmefall jedoch durch Zwang gegenüber der Person die auf die Erfüllung oder Gewährung der Verpflichtung gerichtete rechtliche Sanktion zur Geltung bringt² — welches die *Hauptart der Vermögensvollstreckung* darstellt. Diese Tatsache wird nicht nur dadurch überzeugend nachgewiesen, dass die überwiegende Mehrzahl der Forderungen auf diesem Wege eingetrieben wird, sondern auch durch den Umstand, dass in bestimmten Fällen und unter bestimmten Bedingungen sowohl im Laufe der Verwaltungsvollstreckung als auch des durch den Arbeitgeber erfolgenden unmittelbaren Abzuges die Regeln der Gerichtsvollstreckung angewandt werden müssen.

3. Die höchste geltende Rechtsnorm über die Vollstreckung der Gerichtsbeschlüsse in Ungarn ist das Gesetz IV vom Jahr 1972 über die Gerichte. Die Paragraphen 41 — 43 dieses Gesetzes handeln — darüber hinaus, dass sie besagen, dass das Gericht für die Vollstreckung der Gerichtsbeschlüsse sorgt — über die Aufgaben des *Gerichtsvollziehers*, seine organisatorische Einteilung, die Kontrolle seiner Tätigkeit, sowie darüber, dass die vom Gerichtsvollzieher in seiner Zuständigkeit getroffene Massnahme für die staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen sowie für die Staatsbürger obligatorisch ist.

Die *eingehenden Regeln* der Gerichtsvollstreckung sind in folgenden grundlegenden *zwei Rechtsquellen* enthalten: im Erlass des Präsidialrates mit Gesetzeskraft Nr. 18 vom Jahr 1979 über die Gerichtsvollstreckung³ sowie in der Verordnung Nr. 14/1979. (IX. 17.) des Justizministers über die Durchführung dieses Erlasses.⁴ Diese Rechtsnormen traten am 1. Januar 1980 in Kraft, anstelle des die sozialistische ungarische Gerichtsvollstreckung zum ersten Mal und über ein Vierteljahrhundert regelnden Erlasses des Präsidialrates mit Gesetzeskraft Nr. 21 vom Jahr 1955.⁵

4. Die rechtliche Regelung des Jahres 1955 *geht von der, in der späteren Praxis nicht nachgewiesenen Auffassung* aus, dass ein grosser Teil der Schuldner auch noch während des Vollstreckungsverfahrens *durch Überzeugung* zur Erfüllung ihrer Pflichten bewegt werden kann. Diese Auffassung hat in der Rechtspraxis dazu geführt, dass *die Gesichtspunkte zum Schutz der Schuldner in übertriebenem Masse in den Vordergrund gelangten* und sich die Gerichtsvollstreckung unter anderem deswegen oft verzögert hat, langwierig und nicht effektiv war, durch welchen Umstand indirekt auch schon die staatliche bzw. staatsbürgerliche Disziplin gelockert wurde.

Bei der Regelung unseres gegenwärtigen Gerichtsvollstreckungsverfahrens mussten also *nicht nur* die Rechte und gesetzlichen Interessen *des Schuldners*, sondern auch *der die Vollstreckung fordernden Person* mehr in Betracht gezogen werden. Darüber hinausgehend waren zahlreiche neue, sich aus der Entwicklung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse ergebende Umstände in Betracht zu ziehen. Vor allem die Tat-

sache, dass — wie darauf in der allgemeinen Begründung zum Entwurf der GVO hingewiesen wurde — sich in den vergangenen Jahrzehnten die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Staatsbürger verändert haben. Als Haupteinkommensquelle wurde der Arbeitslohn bzw. der Genossenschaftsanteil allgemein und darüber hinaus verfügt die Bevölkerung heute über weit mehr und wertvollere Vermögensgegenstände als früher (Auto, Wochenendhaus, Eigentumswohnung, langleibige Konsumgüter usw.). Unter Hinsicht auf diese Umstände bestand das Hauptziel der Modernisierung unserer Gerichtsvollstreckung darin, einerseits die Regeln der Gerichtsvollstreckung in Einklang zu bringen mit den bedeutend weiter entwickelten gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnissen und den neuen Rechtsnormen auf hoher Ebene und andererseits das Verfahren einfacher, schneller und ergebnisvoller zu gestalten und dadurch die Wirksamkeit der Justiz zu verstärken, die staatliche und staatsbürgerliche Disziplin zu festigen.

Die Verwirklichung der gesteckten Ziele wollte der Gesetzgeber auch dadurch fördern, dass er im ersten Abschnitt der GVO die allgemeinen Prinzipien der Gerichtsvollstreckung festlegte, die für sämtliche Regeln des Vollstreckungsverfahrens massgebend sind, richtungsweisend für die Rechtsanwender sind und auch das zu erreichende Ziel fixieren.

Diese allgemeinen Prinzipien — die also nicht nur in allgemeinen deklarativen Forderungen, sondern auch in positiven Bestimmungen zum Ausdruck kommen — sind folgende:

a) Das Gerichtsvollstreckungsverfahren ist schnell und wirksam abzuwickeln; es muss dafür gesorgt werden, dass der Berechtigte umso schneller zu seiner Forderung gelange und der Schuldner nicht die Möglichkeit habe, das Verfahren zu vereiteln oder zu verzögern.

b) Die Hauptform der auf eine Geldforderung gerichteten Vollstreckung: Pfändung des Arbeitslohnes oder sonstigen Einkommens des Schuldners.

c) Bei Anwendung des Vermögenszwanges ist die Stufenfolge einzuhalten. Gleich welcher Vermögensgegenstand des Schuldners kann also nur dann gepfändet werden, wenn vorauszusehen ist, dass die Forderung durch Pfändung des Arbeitslohnes nicht schnell eingetrieben werden kann. Zum Verkauf einer Liegenschaft kann es dagegen nur dann kommen, wenn die Forderung durch die sonstigen Vermögensgegenstände des Schuldners nicht völlig gedeckt wird oder nur nach unverhältnismässig langer Zeit beglichen werden kann.

d) Einzelne Regeln der Gerichtsvollstreckung müssen auch bei anderen Arten der Vermögensvollstreckung angewandt werden.

Das bedeutet, dass:

— die sich auf die Pfändung des Arbeitslohnes beziehenden Regeln nicht nur im Laufe der Gerichtsvollstreckung massgebend sind, sondern auch im Falle der Verwaltungsvollstreckung und der direkten Vollstreckung;

— wenn Mobilien, Forderungen oder Rechte im Laufe der Gerichts- und der Verwaltungsvollstreckung gepfändet wurden, dann muss das Verfahren gemäss den Regeln der Gerichtsvollstreckung geführt werden.

e) Im Interesse der Effektivität des Vollstreckungsverfahrens haben die staatlichen Organe, die Genossenschaften und die gesellschaftlichen Organisationen sowie auch der Arbeitgeber des Schuldners die *Pflicht zur Zusammenarbeit*.

f) Die Wirtschaftsorganisationen (der Staat, die staatlichen Organe, die Genossenschaften, die gesellschaftlichen Organisationen, die Vereinigungen und andere ähnliche Organisationen) können ihre gegeneinander bestehenden, vollstreckbaren *Geldforderungen* über die Geldinstitute in Form eines sofortigen Inkassoauftrages geltendmachen. In solchen Fällen fällt also den Gerichtsorganen keine Aufgabe zu, das Verfahren wird *ausserhalb des Rahmens der Gerichtsvollstreckung* abgewickelt. In dem Falle dagegen, wenn *der die Vollstreckung Fordernde eine Privatperson ist und keine Wirtschaftsorganisation*, dann kann die *Geldforderung* von der schuldenden Wirtschaftsorganisation *ausschliesslich aus deren Geldmitteln* eingetrieben werden, ihr gegenüber ist die Mobiliar- oder/und Immobilien-vollstreckung ausgeschlossen. Wenn die Vollstreckung nicht auf die Eintreibung einer Geldforderung, sondern die *Herausgabe einer bestimmten Sache* gerichtet ist, oder wenn im Laufe der *Vollstreckung einer bestimmten Handlung* irgendeine Sache überlassen werden muss (Mobilien übergeben, Liegenschaft räumen usw.), dann kann natürlich auch im Laufe der Vollstreckung gegen gleich welche Wirtschaftsorganisation auch die bewegliche Sache oder die Liegenschaft gepfändet werden.

Die unter den obigen Punkten a)-f) skizzierten allgemeinen Prinzipien der Gerichtsvollstreckung ziemlich *heterogenen Charakters* sind — wie bereits erwähnt — im ersten Kapitel der GVO unter dem Titel Grundlegende Bestimmungen enthalten. Die folgenden Kapitel der *aus insgesamt elf Kapiteln bestehenden GVO* sind folgende: die vollstreckbaren Urkunden, die allgemeinen Regeln der Vollstreckung, Vollstreckung auf Arbeitslohn und sonstige Bezüge, Mobiliarvollstreckung, Immobilienvollstreckung, Vollstreckung einer bestimmten Handlung, Vollstreckung gegen eine Wirtschaftsorganisation, Auszahlung des im Laufe der Vollstreckung eingegangenen Betrages, Vollstreckung von Versicherungsmassnahmen, Schlussverfügungen.

II. Die Voraussetzungen der Gerichtsvollstreckung

1. Die Gerichtsvollstreckung ist im allgemeinen ein *die Vermögensrechte des Schuldners* — in Ausnahmefällen auch *seine persönlichen Rechte* — betreffendes diese beschränkendes Verfahren. Deshalb kann ein solches Verfahren nur dann eingeleitet werden, wenn das von der Rechtsnorm bevollmächtigte Organ (Gericht oder andere Behörde) ausdrücklich so verfügt. Die diesbezügliche Entscheidung, Massnahme — d. h. *die Verfügung der Vollstreckung* — muss dem die Vollstreckung durchführenden Organ schriftlich mitgeteilt werden, und *diese schriftliche Massnahme ist die vollstreckbare Urkunde*.

In Ungarn kann es auf Grund folgender vollstreckbarer Urkunden zur Gerichtsvollstreckung kommen:

- a) das vom *Gericht* und vom *Notar* ausgestellte *Vollstreckungsblatt*;
- b) eine solche Urkunde, die vom *Notar* mit einer *Vollstreckungsklausel* versehen wurde;
- c) der die Vollstreckung anordnende bzw. *pfändende Beschluss* des *Gerichts* und des *Notars*;
- d) ein *Bescheid* des *Gerichtes* über Geldstrafe, Geldbusse, Ordnungsstrafe, Vermögenseinziehung, Verpflichtung zur Bezahlung des unter die Einziehung fallenden Wertes und eines Vermögensvorteils sowie die Kosten des Strafverfahrens bzw. ein vom Wirtschaftsamt des *Gerichtes* ausgestellter *Auszug* dieses *Bescheides*;
- e) jene *sonstigen Urkunden* (Beschlüsse, Behördenersuchen), auf Grund derer im Sinne einer Rechtsnorm eine Vollstreckung möglich ist.

Unter den aufgezählten vollstreckbaren Urkunden werden von der GVO sowie der DVO nur die unter a)-c) aufgezählten geregelt.⁶ In Verbindung mit dieser Regelung werden gesondert diejenigen Voraussetzungen detailliert, im Falle derer es zur Ausstellung der gegebenen vollstreckbaren Urkunde — also zur *Verfügung der Vollstreckung* — kommen kann. Im folgenden werden wir diese Voraussetzungen kurz überblicken.

1.1. Das *Vollstreckungsblatt* ist in Wirklichkeit nichts anderes, als ein *Auszug* des vollstreckbaren Beschlusses bzw. des vollstreckbaren Teiles des Beschlusses, der vom *Gericht* — in Ausnahmefällen vom *Notar* — in erster Linie für den *Gerichtsvollzieher* darüber ausgestellt wird, zu wessen Gunsten, worüber, wem gegenüber usw. die Vollstreckung durchzuführen ist.

Die Voraussetzungen zur Ausstellung des *Vollstreckungsblattes* sind folgende:

- a) die *Bitte des Berechtigten*, weiterhin, dass
- b) der zu vollstreckende *Beschluss* bzw. der entsprechende Teil des Beschlusses *rechtskräftig* oder *vorläufig vollstreckbar* ist, und dass
- c) die *Erfüllungsfrist* verstrichen ist.

Bei den unter Punkt b) und c) enthaltenen Voraussetzungen besteht je eine Ausnahme, und zwar: auf Grund eines vom *Gericht* oder vom *Notar* genehmigten *Vergleichs* kann auch dann ein *Vollstreckungsblatt* ausgestellt werden, wenn gegen den genehmigten Beschluss Berufung eingelegt wurde, und was die Fälligkeit betrifft, so kann bei der Eintreibung von *Unterhaltsbeitrag*, *Kosten in Verbindung mit der Geburt* und *rentenmässigen Leistungen zwecks Unterhalt* das *Vollstreckungsblatt* auch auf Unterhaltsbeitragsraten ausgestellt werden, die erst in der Zukunft fällig sind.

Vom *Gericht* wird das *Vollstreckungsblatt* auf Grund folgender *Beschlüsse* ausgestellt:

- eines vom *Gericht* in einer Zivilsache getroffenen *Kondemnierungsbeschlusses*;

- des Teiles des vom Gericht in einer Strafsache getroffenen Beschlusses, der sich auf die Verurteilung bezüglich des zivilrechtlichen Anspruches bezieht;
- des vom Gericht genehmigten Vergleiches;
- eines Urteils und eines Vergleichs eines in- und ausländischen Schiedsgerichts;
- eines ausländischen Gerichtsbeschlusses;
- eines vom Verwaltungsorgan des Exekutivkomitees des Rates getroffenen Beschlusses bezüglich einer Besitzstörungsklage in Frage des Nutzens, des Schadens und der Kosten;
- eines in einer ärztlichen und rechtsanwärtlichen Disziplinarsache zwecks Eintreibung der mit einer Disziplinarverfügung bemessenen Geldbusse und der Kosten getroffenen Beschlusses;
- eines sonstigen Beschlusses oder einer Urkunde, welche in der Rechtsnorm ausdrücklich festgelegt sind.

Der Notar kann ein Vollstreckungsblatt ferner auf Grund des durch ihn gefassten Kondemnierungsbeschlusses und des vor ihm geschlossenen und seinerseits genehmigten Vergleichs⁷ ausstellen.

1.2. Die *notarielle Vollstreckungsklausel* ist ein auch in den sozialistischen Ländern nicht überall bekanntes,⁸ in der ungarischen Gerichtsvollstreckung aber seit 1955 *existierendes und bewährtes* Rechtsinstitut. Sein Wesen besteht darin, dass der *staatliche Notar*⁹ bestimmte *Dokumente* mit einer Vollstreckungsklausel versehen kann und diese damit zu vollstreckbaren Dokumenten werden, das heisst, zu *die Gerichtsvollstreckung ermöglichenden Akten*.

Mit einem Vollstreckungsblatt beginnt — wie wir gesehen haben — die Gerichtsvollstreckung dann, wenn die Forderung zuvor bereits durch das Gericht entschieden wurde oder wenn der Beschluss eines solchen, den Rechtsstreit entscheidenden Organes vollstreckt werden muss, dessen Organisation und Verfahren denen des Gerichtes nahestehen. Abweichend davon ist die *Versendung mit einer notariellen Vollstreckungsklausel* nur dann statthaft, wenn die Forderung in einem solchen Dokument enthalten ist, welches — auch unter Beachtung des das Dokument ausstellenden Organes — eine entsprechende Gewähr dahingehend liefert, dass die im Dokument enthaltene Forderung auch tatsächlich besteht.

Die Voraussetzungen zur Versendung von Dokumenten mit einer notariellen Vollstreckungsklausel sind folgende:

- a) die *Bitte des Berechtigten* sowie der Umstand, dass
- b) der Berechtigte die notarielle Vollstreckungsklausel auf Grund eines *in der GVO oder in der DVO festgelegten solchen Dokumentes* fordert,
- c) dessen in ihm enthaltene *Forderung* auf den Weg der *Gerichtsvollstreckung* gehört, und dass
- d) die *Erfüllungsfrist* der Forderung bereits *verstrichen ist*.

Den geltenden Bestimmungen zufolge versieht der dem Wohnort oder Sitz des Schuldners nach zuständige Notar eine *grosse Zahl von Urkun-*

den bzw. Dokumenten mit einer notariellen Vollstreckungsklausel.¹⁰ Auf diese grosse Zahl lässt auch der Umstand schlussfolgern, dass — während die GVO in seinen Paragrafen 16–20 zumeist nur *allgemein* die mit einer Klausel versehenen Urkunden umschreibt — der § 6. der DVO bereits in 16 Punkten die einzelnen Urkunden aufzählt, die sich nur und ausschliesslich an den § 18. der GVO anschliessen.

Die *bedeutendsten* unter den Urkunden und Dokumenten, die vom Notar mit einer Vollstreckungsklausel — ausser einzelnen notariellen Urkunden — versehen werden können, sind folgende:

- ein zugunsten eines staatlichen Organs, einer Genossenschaft, einer Gessellschaft, sowie einer gesellschaftlichen Organisation ausgestelltes Dokument, das eine *Geldzahlungsverpflichtung* oder eine sonstige *Äusserung* enthält, wenn
 - a) die Verpflichtung oder Äusserung in *eine öffentliche Urkunde* oder eine *Privaturkunde mit voller Beweiskraft gefasst ist*,
 - b) das Dokument die Namen des *Berechtigten* und des *Verpflichteten* enthält, die *Summe der Verpflichtung*, ihren *Berechtigungsgrund* und die *Erfüllungsfrist*, weiterhin
 - c) die Urkunde selbst jene Stipulation enthält, dass *auf Grund des Dokuments die Vollstreckung zulässig ist*;
- weiterhin der in einer besonderen Rechtsnorm festgelegte *Rückstandsnachweis*, *Beschluss* oder *sonstiges Dokument* eines staatlichen Organs, einer Genossenschaft, Gesellschaft oder gesellschaftlichen Organisation, wenn
 - a) der die Vollstreckung Fordernde nachweist, dass der Schuldner zur Erfüllung seiner Verpflichtung bezüglich der *Zahlung einer bestimmten Summe* oder der *Leistung in Naturalien* im Voraus *schriftlich aufgerufen wurde* und
 - b) seit dem Aufruf *30 Tage* ergebnislos *verstrichen sind*.

Bei der notariellen Vollstreckungsklausel ändert sich die traditionelle Ordnung der Geltendmachung und Eintreibung der Forderung. Hier ist die gewohnte Reihenfolge also nicht „Klage — Prozess — Kondemnationsurteil — Vollstreckung“, sondern *die Geltendmachung der Forderung beginnt mit der Gerichtsvollstreckung* und zum Prozess — *wegen Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung* — kommt es nur dann vor dem, dem Wohnsitz des Schuldners nach zuständigen Kreisgericht, wenn dem Schuldner zufolge

- a) die in der Urkunde enthaltene *Forderung nicht gültig zustande gekommen ist*,
- b) die *Forderung ganz oder teilweise erloschen ist*,
- c) der *Vollstreckungsgläubiger* (der Berechtigte) *Aufschub* gewährt hat, und die Zeit noch nicht verstrichen ist oder wenn
- d) der *Schuldner* gegenüber der Forderung des anderen Teils *seine Forderung in Aufrechnung bringen will*.

1.3. Unter einem *anordnenden bzw. pfändenden Beschluss* zur Vollstreckung des Gerichtes oder des Notars versteht die GVO diejenigen Massnahmen, die die Vollstreckung zum Ergebnis haben und durch ihre Einfachheit in grossem Masse die Eintreibung der Forderungen *beschleunigen* und die Wirksamkeit der Vollstreckung erhöhen. Diese Massnahmen sind die *direkte gerichtliche Pfändung*, die *direkte notarielle Pfändung* sowie die *direkte gerichtliche Aufforderung*. (Die direkte gerichtliche Pfändung und die direkte gerichtliche Aufforderung entsprechen dem *Vollstreckungsblatt*, die direkte notarielle Pfändung dagegen einer mit einer notariellen *Vollstreckungsklausel* versehenen Urkunde.)

1.3.1. Die *direkte gerichtliche Pfändung* ist ein solcher *Beschluss* des zur Ausstellung des Vollstreckungsblattes berechtigten Gerichtes, der *anstelle* der Ausstellung des *Vollstreckungsblattes* getroffen wird. In diesem *Pfändungsbeschluss* fordert das Gericht den Arbeitgeber des *Schuldners* direkt auf, d. h. *unter Ausschaltung des Gerichtsvollziehers*, — ohne Rücksicht auf eine gegen den Pfändungsbeschluss eingelegte Berufung — die im Beschluss enthaltene Summe *vom Arbeitslohn des Schuldners abzuziehen* und *fristlos* dem Vollstreckungsgläubiger auszuzahlen. Im wesentlichen geht es also darum, dass im Falle der direkten gerichtlichen Pfändung — im Interesse der Beschleunigung der Eintreibung der Forderung — einerseits die *Verfügung der Vollstreckung*, anderseits der erste Abschnitt der *Durchführung der Vollstreckung* übereinstimmen, d. h. mit einer *einzigsten Verfahrenshandlung* ausführbar werden.

Voraussetzungen der gerichtlichen Pfändung:

- a) Es bestehen die *Voraussetzungen* zur Ausstellung des *Vollstreckungsblattes* (siehe unter Punkt 1.1.), aber
- b) die *Forderung* muss ausschliesslich *vom Arbeitslohn des Schuldners* eingetrieben werden und
- c) der *Arbeitgeber des Schuldners* ist bekannt.

Die Vollstreckung kann *nur und ausschliesslich durch gerichtliche Pfändung erfolgen* — die Vollstreckung auf einer anderen Grundlage ist also nicht statthaft und ausgeschlossen — wenn

- das *der die Vollstreckung Fordernde wünscht*;
- wenn die ohne Nebenanspruch gerechnete *Forderung* des *staatlichen Organs* die in einer anderen Rechtsnorm festgelegte *Wertgrenze*¹¹ *nicht übersteigt*;
- die Vollstreckung auf Zahlung eines *Unterhaltsbeitrages* oder einer sonstigen, *in Raten* (regelmässig) zu zahlenden *Summe* gerichtet ist und der vollstreckbare Teil des Arbeitslohnes¹² die fällige Summe deckt.

Die Forderung muss *in erster Linie* — aber nicht ausschliesslich — durch gerichtliche Pfändung vom Arbeitslohn eingetrieben werden, und nur wenn dies nicht zum Ergebnis führt, dann können *andere Vermögensgegenstände* gepfändet werden, wenn:

- die ohne Nebenanspruch gerechnete *Forderung des Vollstreckungsgläubigers* die in einer anderen Rechtsnorm festgelegte *Wertgrenze*¹³ nicht übersteigt, oder
- das Gericht unter Hinsicht auf die Umstände der Angelegenheit die direkte gerichtliche Pfändung nicht für begründet hält.

1.3.2. Die direkte notarielle Pfändung ist ein solcher *Beschluss* des zur Versehung des Dokumentes mit einer notariellen Vollstreckungsklausel oder ausnahmsweise zur Ausstellung eines Vollstreckungsblattes befugten Notars, der anstelle der *Versehung* der Urkunde mit einer *Vollstreckungsklausel* oder anstelle der Ausstellung des *Vollstreckungsblattes* getroffen wird. Für den *Inhalt* und die *Voraussetzungen* der Fällung dieses Pfändungsbeschlusses sind entsprechend die unter Punkt 1.3.1. dargelegten, sich auf die direkte *gerichtliche Pfändung beziehenden Regeln richtungsweisend*. Eine *Abweichung* zeigt sich nur insofern – und auch nur dann, wenn der Notar den Pfändungsbeschluss nicht anstelle eines Vollstreckungsblattes getroffen hat –, dass der Arbeitgeber die vom Arbeitslohn des Schuldners *abgezogene Summe nur dann* dem Vollstreckungsgläubiger *auszahlen kann*, wenn der Notar innerhalb von *45 Tagen* nach Übernahme des Beschlusses keine andere Anweisung trifft.

Der Grund für diese Abweichung besteht darin, dass die Erhebung des *notariellen Beschlusses zur Rechtskraft* abgewartet werden muss, da ja die *Forderung* zu der Zeit *noch nicht entschieden ist*. Der abgezogene Betrag kann also abhängig von einer gerichtlichen Beurteilung der eventuell gegen die notarielle Pfändung eingelegten Berufung dem Vollstreckungsgläubiger ausbezahlt oder nicht ausgezahlt werden.

1.3.3. Die *direkte gerichtliche Aufforderung* zur Vollstreckung des Arbeitslohnes ist eine *spezifische* und auch einfachere und schnellere *Art* der Vollstreckung als die direkte gerichtliche oder notarielle Pfändung.

Hier geht es nämlich darum, dass das Gericht *in dem* den Rechtsstreit entscheidenden *Beschluss selbst*, in welchen es den im Arbeitsverhältnis stehenden Werkträgern, das Mitglied einer Genossenschaft oder eine andere, periodisch wiederkehrende Bezüge erhaltende Person zur *Bezahlung eines Unterhaltsbeitrages* verpflichtet, den *Arbeitgeber* gleichzeitig direkt *aufruft*, den in seinem Beschluss festgesetzten Betrag abzuziehen und dem Berechtigten auszuzahlen. (Das Gericht übersendet den, den Unterhaltsbeitrag festlegenden Teil des Beschlusses innerhalb von 3 Tagen nach Fällung des Beschlusses.)

Dem Standpunkt des Gesetzgebers nach begründet die Rolle des Unterhaltsbeitrages – als spezieller Forderung – bei der Lebenserhaltung des Berechtigten und der Befriedigung seiner Bedürfnisse dem Umstand, dass das Gericht direkt in dem den Unterhaltsbeitrag feststellenden Beschluss auch *sofort* auch *über die Pfändung des Unterhaltsbeitrages* verfügt.

Die Voraussetzungen der direkten gerichtlichen Aufforderung sind folgende:

- a) ein solcher — rechtskräftiger oder nicht rechtskräftiger — *Kondemnerungsbeschluss des Gerichtes*, in dem es
- b) den in einem Arbeitsverhältnis stehenden *Werk tätigen*, das *Genossenschaftsmitglied* oder eine andere, periodisch wiederkehrende Bezüge erhaltende Person, deren Arbeitgeber bekannt ist,
- c) zur Zahlung eines Unterhaltsbeitrages verpflichtet.

2. Als *Subjekte der gerichtlichen Vollstreckung* betrachten wir in erster Linie das *Gericht* bzw. die die Vollstreckung *verfügenden* (einleitenden) *Organe* und den *Gerichtsvollzieher* sowie die *Parteien*. Daneben können im Vollstreckungsverfahren auch andere *Organe* und *Personen* mitwirken, und auch der *Staatsanwalt* erhält eine spezifische Rolle.

2.1. Das Vollstreckungsverfahren wird — wie aus dem oben Gesagten geschlussfolgert werden kann — *in der Regel*¹⁴ vom *Gericht* oder vom *Notar eingeleitet*, ja in einem bedeutenden Teil der Fälle führen sie auch den Vollzug des ersten Teiles der Vollstreckung aus. Zwei Angaben sind für die durch sie ausgeübte Tätigkeit charakteristisch:

Im Jahre 1981 wurden von den Gerichten 102 065 Vollstreckungsangelegenheiten abgeschlossen, die Zahl der notariellen Vollstreckungsverfahren (Ausstellung des Vollstreckungsblattes, Versehen der Urkunde mit der Vollstreckungsklausel und direkte Pfändung) betrug 129 415.¹⁵

2.2. Die Durchführung der Vollstreckung ist *im allgemeinen*¹⁶ Aufgabe des *Gerichtsvollziehers*. Der *Gerichtsvollzieher* wird vom Vorsitzenden des Hauptstädtischen Gerichtes bzw. des Komitatsgerichtes ernannt. Die *Gerichtsvollzieher* sind an den Kreisgerichten und an den Komitatsgerichten tätig, und zwar gegenwärtig *in der Hauptstadt zentralisiert*, in den Komitaten teilweise *am Stiz des Komitates* und zum Teil *an grösseren Kreisgerichten*.

Zum *Gerichtsvollzieher* kann ernannt werden, wer *ungarischer Staatsbürger*, *volljährig* und *unvorbestraft* ist. Universitätsabschluss ist nur zur Ernennung des *leitenden Gerichtsvollziehers* erforderlich, der *Gerichtsvollzieher* ist aber verpflichtet, die vom Justizminister vorgeschriebene *Fachprüfung* abzulegen. In begründeten Fällen kann der Vorsitzende des Hauptstädtischen Gerichtes bzw. des Komitatsgerichtes gleich welchen *dazu geeigneten Mitarbeiter* eines hauptstädtischen oder Komitatsgerichtes — *mit Ausnahme der Richter und Notare* — mit der Vernehmung der Aufgaben des *Gerichtsvollziehers* betrauen.

Die Tätigkeit der *Gerichtsvollzieher* wird vom Vorsitzenden des Gerichtes *geleitet* und *kontrolliert*.

2.3. Im Vollstreckungsverfahren sind diejenigen Personen *Parteien*, auf deren Bitte bzw. denen gegenüber das Verfahren läuft. Die Partei, die zur Einleitung des Vollstreckungsverfahrens berechtigt ist, der also das Vollstreckungsrecht zusteht, ist der *Vollstreckungsgläubiger*.

In einzelnen Fällen beziehen sich auf den Vollstreckungsgläubiger — wenn es sich um einen Ausländer oder um Vertretung handelt — *besondere Vorschriften*. Wenn zum Beispiel der Vollstreckungsgläubiger *Ausländer* ist, und in Ungarn gegen eine ungarische Person ein Vollstreckungsverfahren einleiten will, dann ist dazu die Erlaubnis der *Ungarischen*

Geldinstitutszentrale erforderlich, bzw. wenn der Prozessgegenstand eine Forderung war, dann die Erlaubnis der *Ungarischen Nationalbank*.¹⁷ Eine Mehrverpflichtung schreibt die Rechtsnorm auch dann vor, wenn der Vollstreckungsgläubiger eine *juristische Person* ist oder wenn der Vollstreckungsgläubiger einen *Rechtsvertreter* hat. In diesen Fällen nämlich muss der Vollstreckungsgläubiger seine *Bitte nach Erlassen eines Vollstreckungsblattes* in zwei Exemplaren, auf einer entsprechend ausgefüllten Drucksache des Vollstreckungsblattes vorbringen.

Von der GVO wird die Partei, der gegenüber das Vollstreckungsverfahren angestrengt wurde, *Schuldner* genannt. (Die Bezeichnung Schuldner wird vom Gesetzgeber hier nicht in materiellem Sinne, sondern in prozessualem Sinne gebraucht!) Unter Hinsicht darauf jedoch, dass die Bezeichnung Schuldner auf eine Geldschuld verweist, wird *in Verbindung mit der Durchführung einer entsprechenden Handlung von der GVO anstelle Schuldner* die Bezeichnung *Verpflichteter* gebraucht.

Die Parteien können im Vollstreckungsverfahren natürlich *auch* über ihren *Vertreter* (Beauftragten) *vorgehen*. Der Zivilprozessordnung¹⁸ gemäss erstreckt sich nämlich die Bevollmächtigung zum Zivilprozess auch auf das Vollstreckungsverfahren sowie die im Laufe dessen vorgebrachten Klagen.

2.4. Es können auch *andere Organe und Personen* am Vollstreckungsverfahren teilnehmen.

So nehmen bei der *Anwendung von Vermögenszwang* — auf Grund der Massnahmen des Gerichtes, des Notars bzw. des Gerichtsvollziehers — auch die *Organe* (Arbeitgeber) teil, die im Falle der Pfändung der Arbeitslohnes und sonstiger Bezüge den *Abzug und die Überweisung durchführen*.

Ebenfalls bei Anwendung des Vermögenszwanges kann der Gerichtsvollzieher auch einen Zwangsverwalter in Anspruch nehmen, der in der Gerichtsvollstreckung spezielle Aufgaben versehende *Person oder Organ* teilnimmt.

Beim Ablauf der Vollstreckung kann es mehrfach — besonders bei der Vollstreckung einer festgelegten Handlung — vorkommen, dass auch *Zwang gegenüber der Person* angewandt werden muss. Dieser Zwang wird den Bestimmungen der GVO und der DVO gemäss von der *Polizei* angewandt.¹⁹

2.5. Im Vollstreckungsverfahren kann — ähnlich wie bei anderen Prozessverfahren — der *Staatsanwalt* prozessuale Handlungen *entsprechend der Rechtsstellung sowohl der Parteien als auch der von der Vollstreckung betroffenen anderen Interessierten* durchführen. So kann er z.B. unter Ausübung des Rechtes des Vollstreckungsgläubigers die *Einleitung der Vollstreckung fordern*, im Interesse des Schuldners einen Prozess zur *Einstellung bzw. Einschränkung der Vollstreckung anstrengen*, zum Schutz der Rechte anderer Interessierter eine *Widerspruchsklage einleiten* usw. In dem vom Staatsanwalt eingeleiteten Prozess stehen ihm all die Rechte zu, die den Parteien zustehen, er kann aber *keinen Vergleich eingehen, auf keine Rechte verzichten bzw. keine Rechte anerkennen*.²⁰

III. Die allgemeinen Regeln der Einleitung und des Ablaufes der Gerichtsvollstreckung

1. Die *Einleitung der Gerichtsvollstreckung* — wenn es sich nicht um eine unmittelbare gerichtliche oder notarielle Pfändung bzw. eine gerichtliche Aufforderung handelt — erfolgt so, dass die *vollstreckbare Urkunde* vom ausstellenden Gericht oder einem anderen Organ *unverzüglich* dem, dem Wohnsitz (Sitz, Stelle) des Schuldners entsprechenden *Gerichtsvollzieher zugeleitet* wird der ebenfalls unverzüglich die Vollstreckung beginnt. Die vollstreckbare Urkunde muss dann dem für den Ort der vollstreckbaren Vermögensgüter des Schuldners zuständigen Gerichtsvollzieher zugeleitet werden, wenn dies der Vollstreckungsgläubiger so fordert oder es ansonsten zweckmässig ist.

Die im Zusammenhang mit der *Einleitung* — und dem Ablauf — des Vollstreckungsverfahrens *verbundenen Kosten* (Gebühren,²¹ der Arbeitslohn des Vertreters usw.) werden im allgemeinen *vom Vollstreckungsgläubiger vorgeschossen* und *vom Schuldner getragen*. Abweichend von der allgemeinen Regel jedoch ist — als Ergebnis der Bestimmung einer anderen Rechtsregel — z.B. derjenige verpflichtet, die Kosten eines Sachverständigen oder Schätzers vorzuschüssen, *der dessen Mitwirkung forderte*, bzw. es werden die mit dem Lokalverfahren und der Öffnung des abgeschlossenen Raumes (Möbels usw.) verbundenen Kosten *von dem Gericht vorgestreckt*, an dem der die Vollstreckung Durchführende tätig ist.

2. Die mit der Einleitung der *Vollstreckung* verbundenen obigen und sich auf ihren Ablauf beziehenden folgenden Regeln sind *in jeder Vollstreckungsangelegenheit richtungsweisend*, unabhängig davon, um welche vollstreckbare Verpflichtung es sich handelt oder welcher Vermögensgegenstand des Schuldners gepfändet wird.

2.1. Der *Gerichtsvollzieher* — der verpflichtet ist, über das Lokalverfahren ein Protokoll anzufertigen — übergibt bei Beginn der Vollstreckung *an Ort und Stelle* dem *Schuldner* (seinem Vertreter, Sachwalter) die vollstreckbare Urkunde und ruft ihn zugleich *zur sofortigen Erfüllung* auf, wenn

- a) das Verfahren mit einem Vollstreckungsblatt eingeleitet wurde, oder
- b) die Summe der Hauptforderung 5000 Forint übersteigt, beziehungsweise
- c) das Gericht, der Notar im Interesse des Ergebnisses der Vollstreckung so verfügt hat, oder
- d) wenn der Gerichtsvollzieher dem Schuldner einen Sachwalter bestellt hat.

In diesen Fällen also erscheint der Gerichtsvollzieher *ohne vorhergehenden Bescheid des Schuldners* an Ort und Stelle (zumeist in der Wohnung des Schuldners). Insofern der Schuldner die in der übergebenen vollstreckbaren Urkunde enthaltene Verpflichtung nicht sofort erfüllt, dann führt der Gerichtsvollzieher sofort die erforderlichen Vollstreckungshandlungen durch. *Die eventuelle Abwesenheit des Schuldners* (seines Vertreters, Sachwal-

ters) behindert nicht den Ablauf der Vollstreckung. In einem solchen Falle aber muss dem Schuldner die vollstreckbare Urkunde zusammen mit dem Protokoll über die Vollstreckungshandlung zugestellt werden.

Wenn das Verfahren nicht mit einem Vollstreckungsblatt, sondern mit einer anderen vollstreckbaren Urkunde begonnen hat — in der Regel also mit der notariellen Vollstreckungsklausel —, und es sich um einen, nicht in den obigen Punkten *b)–d)* erwähnten Fall handelt, dann ist der Gerichtsvollzieher verpflichtet, die vollstreckbare Urkunde innerhalb von 8 Tagen nach der Übernahme dem Schuldner *per Post* zuzustellen. (Der Erfahrung gemäss begleitet nämlich dann ein beträchtlicher Teil der Schuldner — insgesamt 13% — aus dem schriftlichen Aufruf hin die Schuld von verhältnismässig nicht hoher Summe, bezahlt die rückständige Miete, den Preis des öffentlichen Versorgungswerkes usw., und deshalb kommt es nicht zu einem Lokalverfahren bzw. einer Zwangshandlung.)

Dem Vollstreckungsgläubiger sind *alle vollstreckbaren Urkunden* *per Post* zuzustellen.

2.2. Die Vollstreckungshandlungen können an *Arbeitstagen*, zwischen 6 Uhr früh und 10 Uhr abends *vollzogen werden*. In Ausnahmefällen kann der Gerichtsvollzieher auch zu einem anderen Zeitpunkt vorgehen, wenn der Vorsitzende des zuständigen Gerichtes dazu die Erlaubnis gibt.

Im Laufe der Vollstreckung kann der Gerichtsvollzieher die *Wohnung des Schuldners*, seinen sonstigen *Raum* und seine *Vermögensgegenstände besichtigen und überprüfen*; eine *Kleiderdurchsuchung* ist jedoch *nicht statthaft*. Falls erforderlich, kann der Gerichtsvollzieher die abgeschlossenen Räume und Möbel des Schuldners *öffnen*. Wenn dabei der Schuldner oder ein erwachsenes Familienmitglied nicht anwesend sind, *muss ein Zeuge anwesend sein*. Im Falle des Widerstandes nimmt der Gerichtsvollzieher die Mitwirkung der Polizei in Anspruch.

2.3. Der *Gerichtsvollzieher bestellt* dem Schuldner ohne Vertreter einen *Sachwalter*, wenn die *Vermögensgegenstände des Schuldners zugänglich sind*, sein Wohn- oder Aufenthaltsort aber unbekannt sind bzw. wenn der Schuldner im Ausland wohnt oder sich längere Zeit dort aufhält.

Wenn der Wohnort (Aufenthaltsort) des Schuldners oder seine Arbeitsstelle unbekannt sind, und der Schuldner über *keinen pfändbaren Vermögensgegenstand* verfügt, dann trifft der Gerichtsvollzieher Massnahmen zur Feststellung des Wohnortes (Aufenthaltsort) des Schuldners und seiner Arbeitsstelle auf Grund der den Polizei-, Sozialversicherungs- bzw. Bevölkerungsregistraturorganen zur Verfügung stehenden Angaben, die diese dem Gerichtsvollzieher mitteilen.

2.4. Im Interesse des Schutzes der Rechte der am Vollstreckungsverfahren teilnehmenden Parteien und anderer Personen können *gegenüber dem Beschluss* oder der Massnahme des Gerichtsvollziehers Rechtsmittel in Anspruch genommen werden.

Gegenüber dem Beschluss oder der Massnahme des Gerichtsvollziehers kann der *Staatsanwalt Einspruch*, andere Interessierte dagegen einen *Revisionsantrag* bei dem, dem Gerichtsvollzieher nach zuständigen *Kreisgericht* erheben bzw. stellen.

Die Einspruchserhebung durch den Staatsanwalt ist an *keine Frist gebunden*, der Revisionsantrag jedoch muss innerhalb von 8 Tagen nach Mitteilung des Beschlusses, dem Tag der Massnahme bzw. dem Zeitpunkt an eingereicht werden, zu dem sie dem Gesuchsteller zur Kenntnis gelangt ist.

Über den Einspruch des Staatsanwaltes und den Revisinsantrag entscheidet das Gericht — wenn notwendig, unter Anhören der Interessierten — mit einem Beschluss, gegen dem Berufung erhoben werden kann.

2.5. Im Interesse des Schutzes des Schuldners vor unnötigen Störungen und zur Verhinderung der überflüssigen Erhöhung der Vollstreckungskosten ist der *Vollstreckungsgläubiger verpflichtet*, das Erlöschen der durch Vollstreckung geltend gemachten Forderung oder ihre Verringerung unverzüglich dem Gerichtsvollzieher zu *melden*. (Der allgemeine, aber nicht alleinige Fall des Erlöschens bzw. der Verringerung der Forderung: die unmittelbar erfolgende Erfüllung durch den Schuldner bzw. eventuell eine dritte Person beim Vollstreckungsgläubiger.)

Für die durch das Versäumnis der Meldung eintretenden Kosten und den Schaden ist der Vollstreckungsgläubiger verantwortlich.

2.6. Gemeinsame Eigenschaft der *Suspendierung der Vollstreckung* bzw. des *Ruhens der Vollstreckung* — als Rechtsinstitutionen, die die Einhaltung bzw. die Unterbrechung des Vollstreckungsverfahrens zum Ergebnis haben — ist es, dass beide die Durchführung einer weiteren Vollstreckungshandlung verbieten. Der Unterschied bestimmenden Charakters zwischen ihnen aber besteht darin — über die zugrunde liegenden Ursachen hinausgehend —, dass die Suspendierung der Vollstreckung *vom Gericht* durch einen Beschluss *verfügt wird*, während über das *Ruhen der Vollstreckung* nur *vom Gerichtsvollzieher ein Protokoll angefertigt wird*.

2.6.1. Das *Gericht kann* durch einen Beschluss die Vollstreckung *suspendieren*, wenn

- in der Angelenheit ein *Prozess zur Einstellung* (Beschränkung) der Vollstreckung angestrengt oder
- eine *Widerspruchsklage* erhoben wurde,
- gegen die *vollstreckbare Urkunde* oder gegen den *Beschluss* bzw. die *Massnahme des Gerichtsvollziehers* ein *Rechtsmittel* eingelegt wurde,
- gegen den *Beschluss*, der als Grundlage zur Ausstellung der vollstreckbaren Urkunde diente, ein *Antrag zur Wiederaufnahme des Verfahrens* gestellt wurde, und dessen Erfolg wahrscheinlich ist,
- gegen den Beschluss, der als Grundlage zur Ausstellung der vollstreckbaren Urkunde diente, ein *Kassationsantrag*²² gestellt wurde, und die Geltung des daraufhin eingeleiteten Verfahrens sich auch auf die Parteien erstreckt.

Ebenfalls fakultativ, das heisst möglich ist die Verfügung der Suspendierung auch dann, wenn der *Schuldner darum ersucht*. Eine weitere Voraussetzung ist hierbei jedoch noch, dass die Suspendierung durch die *Umstände der Sache nachdrücklich gerechtfertigt* ist und dass das Gericht vor Treffen der Entscheidung die *Parteien anhören muss*.

Das Gericht ist dann verpflichtet, die Vollstreckung zu suspendieren, wenn der Vollstreckungsgläubiger darum ersucht, und wenn durch die Suspendierung das Recht oder das gesetzliche Interesse anderer Personen nicht verletzt wird.

Die suspendierte Vollstreckung kann nur auf Massnahme des die Suspendierung verfügenden Gerichtes weiter fortgesetzt werden.

2.6.2. Das Vollstreckungsverfahren ruht, wenn

- a) der Wohnort (Aufenthaltssort) des Schuldners nicht feststellbar ist und keine pfändbaren Vermögensgegenstände vom ihm auffindbar sind,
- b) der Schuldner kein pfändbares Vermögen hat bzw. die Veräusserung des gepfändeten Vermögensgegenstandes erfolglos war,
- c) der Vollstreckungsgläubiger — trotz seiner Pflicht — die Vollstreckungskosten nicht vorstreckt,
- d) der Schuldner zur Leistung einen Aufschub bekommen hat oder ihm die Erfüllung der Leistung in Raten gewährt wurde.

Das Ruhen hört auf und die Vollstreckung kann im Falle der obigen Punkte a) — b) dann fortgesetzt werden, wenn der Wohnort (Aufenthaltssort) des Schuldners oder der pfändbare Vermögensgegenstand bekannt geworden sind bzw. wenn es wahrscheinlich ist, dass der gepfändete Vermögensgegenstand veräussert werden kann.

Im Falle der Punkte c) — d) dagegen kann dann die Vollstreckung fortgesetzt werden, wenn der Vollstreckungsgläubiger die Kosten vorstreckt bzw. nach Verstreichen der Zeitdauer des Aufschubs oder bei Versäumung der Zahlung gleich welcher Rate die Fortsetzung der Vollstreckung fordert.

2.7. Die Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung kann sowohl im ausserstreitigen als auch im Prozessverfahren erfolgen.

Im ausserstreitigen Verfahren wird vom Gericht die mit dem Vollstreckungsblatt eingeleitete Vollstreckung eingestellt oder beschränkt — d.h. wenn die vollstreckbare Forderung zuvor bereits meritorisch entschieden wurde —, wenn der Schuldner mit einer öffentlichen Urkunde beweist oder auf Grund einer öffentlichen Urkunde²³ ansonsten feststellbar ist, dass der zur Ausstellung des Vollstreckungsblattes zugrunde liegende Beschluss durch einen rechtskräftigen Beschluss ausser Kraft gesetzt oder verändert wurde.

Bei Fehlen der öffentlichen Urkunde dagegen — mit Ausnahme des Falles, dass der Vollstreckungsgläubiger die Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung wünscht und diese das Recht oder das gesetzliche Interesse anderer Personen nicht verletzen — kann der Schuldner einen Prozess gegen den Vollstreckungsgläubiger anstrengen zwecks Einstellung oder Beschränkung der mit einem Vollstreckungsblatt eingeleiteten Vollstreckung. Ein solcher Prozess aber kann nur mit der Voraussetzung angestrengt werden dass die im Prozess mitzuteilende Tatsache dann erfolgte, als sie schon in dem Verfahren nicht mehr geltend gemacht werden konnte, welches dem der Ausstellung des Vollstreckungsblattes zugrunde liegenden Beschluss vorangegangen ist oder wenn sie nach dem Abschluss des der

Ausstellung des Vollstreckungsblattes zugrunde liegenden Vergleichs eingetreten ist.

In einem viel breiterem Kreise besteht die Möglichkeit zur Anstrengung eines Prozesses zwecks Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung dann, wenn über die *Forderung meritorisch* noch *nicht* endgültig entschieden ist, wenn also die Urkunde über die Forderung vom Notar mit einer *Vollstreckungsklausel* versehen wurde. Die Stichhaltigkeit dieser Feststellung wird durch die unter II./1.2. bereits dargelegten Prozesseinleitungsgründe bewiesen, die im Falle der Vollstreckung auf Grund einer vom Notar mit einer Vollstreckungsklausel versehenen Urkunde die Einleitung des Prozesses zur Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung ermöglichen.

2.8. Als allgemein gültige Regel steht im Vollstreckungsverfahren auch die Möglichkeit zur Anwendung der Institution der *Rückvollstreckung*. In dem Fall nämlich, wenn der *Schuldner durch eine öffentliche Urkunde beweist* oder auf Grund einer öffentlichen Urkunde ansonsten feststellbar ist, dass *der der Ausstellung des Vollstreckungsblattes zugrunde liegende Beschluss durch einen rechtskräftigen Beschluss ausser Kraft gesetzt oder verändert wurde*, kann das Gericht *auf Verlangen des Schuldners den Vollstreckungsgläubiger durch Beschluss verpflichten*, dass er dem Schuldner — voll und ganz bzw. zum Teil — den im Laufe der Vollstreckung erhaltenen Betrag (den Vermögensgegenstand) *zurückzahlt* und die Vollstreckungskosten ersetzt.

Dieselbe Lösung ist auch dann möglich, wenn der *Schuldner zwecks Verhütung der Vollstreckung seine Schuld freiwillig bezahlt hat* und dies *beweist*.

Die Rückerstattung eines unter dem Titel des *Unterhaltsbeitrages* bezahlten Betrages bzw. die Rückgabe eines übergebenen Vermögensgegenstandes durch *Rückvollstreckung* ist *nicht zulässig*.

2.9. Das *Recht zur Vollstreckung verjährt* zusammen mit der vollstreckbaren Forderung,²⁴ und diese Verjährung bedeutet, dass infolge des Verstreichens der Zeit das Recht zur Vollstreckung verfällt und erlöscht und das zugrunde liegende materielle Recht mit behördlichen Zwang — auf dem Wege der Gerichtsvollstreckung — nicht mehr geltend gemacht werden kann.

Die *Verjährung* des Rechts der Vollstreckung — die übrigens durch jedwede Vollstreckungshandlung unterbrochen wird — muss im allgemeinen *auf Antrag* festgestellt werden, *von Amts wegen* kann sie nur dann *berücksichtigt* werden, wenn auch die Verjährung der zugrunde liegenden Forderung von Amts wegen berücksichtigt werden muss.

Wenn die Verjährungsfrist des Rechts zur Vollstreckung bereits verstrichen ist, kann auf eine danach eingereichte Bitte bzw. Antrag keine Vollstreckung angeordnet werden.

IV. Die speziellen Regeln einzelner Arten der Gerichtsvollstreckung

1. Im Laufe der skizzenhaften Darlegung der allgemeinen Prinzipien der Gerichtsvollstreckung haben wir bereits auf die das ungarische Vollstreckungsrecht kennzeichnende Eigenschaft hingewiesen, dass die Hauptform der auf eine Geldforderung gerichteten Vollstreckung die Pfändung des *Arbeitslohnes und sonstiger Bezüge* (Arbeitslohn auf Grund eines genossenschaftlichen Mitgliedsverhältnisses, Gewinnanteil, Anteil usw. sowie Krankengeld, Familienzulage, Rente, Unfallrente, Waisenversorgung) ist.

Der Arbeitslohn oder der sonstige Bezug muss vom Arbeitgeber auf Grund der direkten gerichtlichen, notariellen Pfändung bzw. der direkten gerichtlichen Aufforderung oder auf Grund der Pfändung des Gerichtsvollziehers vollstreckt werden.

Der *Abzug* vom Arbeitslohn oder sonstigen Bezügen — für dessen Versäumnis der *Arbeitgeber* bis zur Höhe des nicht abgezogenen Betrages dem Vollstreckungsgläubiger gegenüber als *selbstschuldnerischer Bürge* verantwortlich ist — kann sich im allgemeinen bis auf 33% des *Arbeitslohnes* oder der sonstigen Bezüge erstrecken.

1.1. *Bis zu 50% des Arbeitslohnes* kann sich der Abzug im Falle *mehrerer Pfändungen* erstrecken, sowie für die folgenden Forderungen:

- a) *Unterhaltsbeitrag, Gebühr* der staatlichen Fürsorge eines Kindes und das *Fürsorgegeld* für die Unterbringung des Kindes in einer Anstalt,
- b) dem Schuldner gegenüber bestehende *Arbeitslohnforderung*,
- c) an *gesellschaftlichem Eigentum* verursachter Schaden und *Vergütung* von Inventurfehlbetrag,
- d) *ohne Rechtsgrund erhaltenen Arbeitslohn* und *Sozialversicherungsversorgung*,
- e) *Gegenwert* von Bezügen in Naturalien,
- f) *Wohnungsmiete* und die mit ihr unter eine Hinsicht fallende Forderung bzw. *Entgelt* für Wohnungsnutzung.

Der Gegenwert für die obligatorisch in Anspruch genommene *Betriebskost* und der obligatorisch ausgelieferten *Naturalienbezüge* kann vom Arbeitslohn *ohne Einschränkung* abgezogen werden.

Grundlage des Abzuges ist — mangels einer abweichenden Bestimmung — nach Abzug der Steuer und des Rentenbeitrages jeder solcher verbleibende Bezug, der zu Lasten der Lohnkosten bzw. des Lohnfonds ausgezahlt werden muss, weiterhin jeder sonstige, in den Durchschnittsverdienst einrechenbare sonstige Bezug.

1.2. *Für den sich auf Grund des genossenschaftlichen Mitgliedsverhältnisses ergebenden Arbeitslohn*, den Anteil, Gewinnanteil usw. sind die sich auf den *Arbeitslohn* beziehenden obigen Regeln massgebend. Eine Abweichung ist nur insofern festzustellen, dass im Falle der Vollstreckung gegen ein Mitglied der Industriegenossenschaft für den Gegenwert für das vom Mitglied in die Genossenschaft gebrachte Arbeitsmittel (Vermögensgegen-

stand) die dem Mitglied zustehende *Vergütung* sowie die *Anteilscheinforderung* des Mitgliedes *in voller Gänze gepfändet* werden können.

1.3. *Vom Krankengeld* des Schuldners können nur der *Unterhaltsbeitrag* und der unter dem Titel *Krankengeld ungerechtfertigt bezogene Betrag* abgezogen werden; die gemeinsame Summe der Abzüge kann sich bis auf 33% des Krankengeldes erstrecken.

Von der *Familienzulage* kann nur der unter dem Titel *Familienzulage ungerechtfertigt bezogene Betrag*, ferner die Gebühr der staatlichen Fürsorge eines Kindes, das den Anspruch auf das Familiengeld rechtfertigt und im Fall der Unterbringung eines Kindes in der Kinderfürsorgeanstalt durch behördlichen Beschluss die *Vergütungsgebühr* abgezogen werden. Zum Abzug können bis zu 50% der Familienzulage in Anspruch genommen werden.

Von der *Rente* und der *Unfallrente* des Schuldners können — über die im allgemeinen in Anspruch zu nehmenden 33% hinaus — bis zu 50% abgezogen werden als Gegenwert für *Kinderunterhaltsbeitrag* und *Entbindungskosten* sowie die *ungerechtfertigt bezogene Rente*. Im Falle *mehrerer Pfändungen* können ebenfalls 50% der Rente und der Unfallrente in Anspruch genommen werden, vorausgesetzt, dass die monatliche Summe der Rente bzw. der Unfallrente die 3000 Forint übersteigt.

Von der *Waisenversorgung* kann nur und ausschliesslich die unter dem Titel *Waisenversorgung ungerechtfertigt bezogene Summe* abgezogen werden.

1.4. *Der Arbeitgeber ist verpflichtet*, vom Arbeitslohn oder den sonstigen Bezügen des Schuldners die in der Pfändung bzw. in der Aufforderung festgelegte Summe *abzuziehen* und dem Vollstreckungsgläubiger auszahlen bzw. auf das entsprechende Konto zu überweisen. Wenn vom Arbeitslohn des Schuldners die regelmässig und in Raten abzuziehende Forderung im Laufe irgendeines Monats ganz oder zum Teil nicht abgezogen werden kann, müssen die ausgebliebenen Raten dann abgezogen werden, wenn dies möglich ist. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Schuldner von der Pfändung, über ein Hindernis bei der Vornahme der Pfändung dagegen das die Pfändung bzw. die Aufforderung ausstellende Organ zu verständigen.

2. Bei Eintreibung der Geldforderung — wenn vorauszusehen ist, dass die Forderung durch Pfändung des Arbeitslohnes oder sonstiger Bezüge nicht schnell eingetrieben werden kann — besteht die Möglichkeit dazu, dass es zur *Vollstreckung von Mobilien* kommt. Das bedeutet, dass *verschiedenes Mobilien des Schuldners*, eventuell *solche Rechte und Forderung von Vermögenswerten* vollstreckt werden, die nicht unter den Begriff des Arbeitslohnes oder sonstiger Bezüge fallen.

Im Falle der Mobilienvollstreckung ist der *erste Abschnitt* des Vollstreckungsverfahrens die Pfändung, die darauf gerichtet ist, das *Verfügungsrecht* des Schuldners über das in seinem Eigentum befindliche Mobilien *aufzuheben*. Die Pfändung wird vom Gerichtsvollzieher — vorausgesetzt, dass der Schuldner die in der vollstreckbaren Urkunde erwähnte Verpflichtung nicht freiwillig erfüllt hat — so vorgenommen, dass das *Mobilien des Schuldners im Protokoll verzeichnet* wird. Die Reihenfolge der Pfändung des Mobilien wird vom Gerichtsvollzieher festgelegt und er ist verpflichtet,

die Pfändung so lange fortzusetzen, bis die Forderung — zusammen mit ihren Nebengebühren, worunter auch die voraussichtlich auftauchenden Vollstreckungsgebühren zu verstehen sind — nicht vollkommen gedeckt ist.

Die sich auf die Pfändung von Mobilien beziehenden Regeln sind — wenn keine Rechtsnorm anderweitig verfügt — auch für die Pfändung von Rechten und Forderungen von Vermögenswert massgebend. Deshalb benutzt die GVO bei Bestimmungen allgemeineren Charakters oft den Ausdruck „Vermögensgegenstand“ anstelle des Wortes „Mobilien“.

Gepfändet werden kann nur das *Mobilien des Schuldners*. Deshalb kann, im Interesse des Schutzes der Rechte dritter Personen *das durch den Schuldner verwahrte Mobilien nicht gepfändet werden*, wenn aus dem daran befindlichen Zeichen oder aus einem anderen Umstand *ohne jeden Beweis zweifellos festgestellt werden kann*, dass das Mobilien nicht das Eigentum des Schuldners ist. *Ein zur ehelichen Gütergemeinschaft gehörendes Besitzstück* aber kann im Falle der Vollstreckung gegen jeden der Ehegatten gepfändet werden, mit Ausnahme des Falles, wenn der Ehegatte, gegen den keine Vollstreckung läuft, zweifelsfrei beweisen kann, dass der entsprechende Vermögensgegenstand nicht zur ehelichen Gütergemeinschaft, sondern zu seinem *Sondervermögen* gehört.

2.1. *Nicht gepfändet werden können unter den Vermögensgegenständen des Schuldners* — auch nicht mit Einwilligung des Schuldners — diejenigen Vermögensgegenstände, *die von der Rechtsnorm von der Pfändung ausgenommen werden*. Der ansonsten ausgenommene Gegenstand ist jedoch pfändbar bei Eintreiben des Kaufpreises (der zum Kauf geliehenen Summe) des entsprechenden Gegenstandes, weiterhin bei Eintreibung des Anfertigungs- oder Reparaturpreises, wenn die Pfändung vom Gericht bzw. vom Notar so verfügt wurde.

Folgende Vermögensgegenstände des Schuldners sind von der Pfändung befreit:

- *die zur Ausübung des Berufes und zur Fortsetzung der regelmässigen Studien unentbehrlichen Mittel;*
- *die notwendigen Bekleidungsstücke und die Bettwäsche;*
- *für die Zahl der zum Haushalt des Schuldners gehörenden Personen entsprechend notwendiges Möbel;*
- *die im Haushalt des Schuldners unentbehrliche Küchen- und Haushaltsausrüstung;*
- *die wegen der Krankheit oder des körperlichen Mangels des Schuldners erforderlichen Medikamente und Hilfsmittel;*
- *die von den im Haushalt des Schuldners lebenden Kindern gebrauchten — und auf Grund ihres Charakters Kindern dienenden — sämtlichen Gegenstände,*
- *das für den Schuldner und die zu seinem Haushalt gehörenden Personen für einen Monat erforderliche Lebensmittel und das für drei Monate erforderliche Heizmaterial;*
- *die stehende, also nicht eingebrachte Ernte (Obst usw.);*

- *die Staatsobligation;*
- *die soziale Zuwendung, der auf dem Gesetz beruhende Unterhaltsbeitrag, die Hilfe und die den Pflegeeltern für den Unterhalt des in staatlicher Fürsorge befindlichen Kindes gezahlte Pflegegeld;*
- *das Stipendium;*
- *der Unterhaltsbeitrag für den staatlich Versorgten und den Kriegsversorgten;*
- *der mit der Auszeichnung einhergehende Preis und die Belohnung;*
- *die Versicherungssumme.*

Wenn sich der Schuldner berufsmässig mit landwirtschaftlicher Produktion beschäftigt, dann sind ausser den Aufgezählten noch Folgende von der Pfändung befreit:

a) der für die Besäung des vom Schuldner bestellten Feldes erforderliche Samen und die zur Bestellung des Feldes unentbehrliche wirtschaftliche Ausrüstung sowie

b) eine Kuh und für diese das für höchstens drei Monate erforderliche Futter.

2.2. *Das gepfändete Mobiliar* verbleibt in der Regel in der Verwahrung des Schuldners, und der Schuldner kann dies – mit Ausnahme des Lebensmittels und anderer verbrauchbarer Sachen – *gebrauchen*, aber nur seiner Bestimmung gemäss und ohne Verletzung des Bestandes.

Mit der Pfändung verbleibt also im allgemeinen *das Recht des Besitzes, der Nutzung und des Niessbrauches beim Schuldner*, aber *sein Verfügungsrecht* über das in seinem Eigentum befindliche Mobiliar *erlöscht*. Aus dem Erlöschen des Verfügungsrechtes folgt, dass der Schuldner eine strafbare Handlung begeht, wenn er das gepfändete Mobiliar *verbraucht, vernichtet, veräussert, verpfändet* oder *auf andere Weise der Vollstreckung entzieht*.

Ausnahmsweise kann es vorkommen, dass infolge der Massnahme des Vollziehers zugleich mit der Pfändung *nicht nur das Verfügungsrecht des Schuldners*, sondern auch das Besitz-, das Gebrauchs- und das Niessbrauchrecht über dem gepfändeten Mobiliar erlöscht. Das tritt dann ein, wenn

- *der Schuldner nicht zur Aufbewahrung bereit ist, bzw.*
- *er längere Zeit abwesend ist, oder*
- *der Vollstreckungsgläubiger um Bestellung eines Zwangsverwalters ersucht* und dies mit Rücksicht auf die Umstände der Sache laut Ansicht des Gerichtsvollstreckers begründet ist.

Dabei wendet der Vollzieher die strengere Art der Pfändung, die *Inbeschlagnahme* an, die in zwei Formen möglich ist:

- a) der Vollzieher *ernennt* zur Aufbewahrung des gepfändeten Mobiliars *einen Zwangsverwalter*, oder
- b) *er bringt* das gepfändete Mobiliar ohne Ernennung eines Zwangsverwalters *in einem zur Aufbewahrung geeigneten Schrank* (Lager usw.) oder *in einem abgesonderten Raum unter, schliesst ihn ab*

und versiegelt ihn. (Die ungerechtfertigte Öffnung des Schrankes, Lagers oder Raumes usw., oder die Entfernung des Siegels ist eine strafbare Handlung.)

2.3. Wenn der Schuldner innerhalb von 15 Tagen nach der Pfändung seine Geldzahlungsverpflichtung nicht erfüllt, dann wird als *zweiter Abschnitt* der Anwendung des Vermögenszwanges *das gepfändete Mobiliar veräußert*. Infolgedessen *erlöscht das Eigentumsrecht des Schuldners* über das Mobiliar und der Gegenwert des Mobiliars wird zur Erfüllung der Verpflichtung aufgewandt.

Die Veräußerung des Mobiliars kann auf folgende Weise erfolgen:

a) *Obligatorischer Kauf*. Der Gerichtsvollzieher übergibt die gepfändeten *Wertpapiere* der Geldinstitutszentrale zum Kauf, die mit Erlaubnis in Besitz gehaltene *Schusswaffe* und *Munition* dem zuständigen staatlichen Unternehmen, den aus *Gold* oder *Platin* gefertigten *Gegenstand* und die *Edelsteine* — wenn keine Möglichkeit zu ihrer kommissionsweisen Veräußerung besteht oder diese erfolglos war — dem zum Verkauf von Edelmetall und Schmuck befugten staatlichen Unternehmen, *die Tiere*, *die Ernte* und *den Wein* aber dem entsprechenden Tier-, Produkten- bzw. Weinumsatzunternehmen oder einem anderen Organ. Diese Unternehmen *sind verpflichtet, das Mobiliar zu kaufen* und den Kaufpreis auf das Hinterlegungskonto des Gerichtsvollziehers einzuzahlen.

b) *Obligatorische Übernahme zur Veräußerung*. Das gepfändete und zum Verkauf (öffentlichen Gebrauch) geeignete *Lebensmittel* übergibt der Gerichtsvollzieher zwecks Veräußerung dem *örtlichen, sich mit Lebensmittelhandel beschäftigenden Wirtschaftsorgan*. Dieses ist verpflichtet, das Lebensmittel zu verkaufen und die daraus eingennommene Summe — nach Abzug des rechtmässigen Nutzen — auf das Hinterlegungskonto des Gerichtsvollziehers einzuzahlen.

c) *Obligatorische kommissionsweise Veräußerung*. Die unter Punkt a) und b) nicht erwähnten Gegenstände — sowie die unter Punkt a) erwähnten, aus *Gold* oder *Platin* gefertigten *Gegenstände* und *Edelsteine* — werden im allgemeinen vom Kommissionswarenhaus, vom Kaufhaus für Okkasionswaren oder der Genossenschaft für Gebrauchsartikel veräußert. Diese Handelsorgane sind verpflichtet, das ihnen zur Veräußerung übergebene Mobiliar *als Kommissionsware* zu behandeln, für seine Lagerung auf eigene Kosten zu sorgen und dies zum Schätzwert zu verkaufen, sowie den aus der Veräußerung eingelaufenen Betrag — abzüglich der Kommissionspesen — auf das Hinterlegungskonto des Gerichtsvollziehers einzuzahlen.

d) *Freiwilliger Kauf*. Das unter Punkt a) und b) nicht erwähnte Mobiliar *kann* vom Gerichtsvollzieher auch dem staatlichen Unternehmen, der Genossenschaft oder dem anderen Wirtschaftsorgan *zum Kauf übergeben werden*, das sich mit dem Umsatz, der Verarbeitung oder dem Aufkauf des Mobiliars beschäftigt. Der Kaufpreis kann auch in diesem Fall nicht geringer als der Schätzwert sein.

e) *Übernahme durch den Vollstreckungsgläubiger*. Wenn das unter Punkt a) nicht erwähnte *Mobiliar* (mit Ausnahme der Tiere, der Ernte

und des Weines) *nicht veräußert werden konnte*, dann kann der Vollstreckungsgläubiger das Mobilium zum *Schätzwert* — unter Aufrechnung an die durch Vollstreckung geltend gemachte Forderung — übernehmen.

f) *Mobiliumversteigerung*. Die GVO behält die Mobiliumversteigerung als *äußerste Art der Veräußerung* vor. Zu ihr kann es nur dann kommen, wenn

- *es um nicht unter Punkt a) erwähntes Mobilium geht* (mit Ausnahme der Tiere, der Ernte und des Weines);
- *am Ort der Pfändung kein solches Handelsorgan existiert*, das sich mit dem Verkauf des gepfändeten Mobiliums beschäftigt und wenn der Transport des Mobiliums zum Handelsorgan mit beträchtlichen Kosten einhergeht oder auf Hindernisse stößt bzw.;
- die auf dem Weg über das Handelsorgan erfolgte Veräußerung *erfolglos war* und der Vollstreckungsgläubiger um die Versteigerung ersucht.

Die Versteigerung — der für den Meistbietenden erfolgende *Zwangsverkauf* also — wird vom Gerichtsvollzieher abgewickelt, der auch die Versteigerung durch eine öffentliche Bekanntmachung und auf sonstige Weise publiziert. Der Gerichtsvollzieher und der Schuldner können auf der Versteigerung *nicht lizitieren*, sie können das Mobilium auch nach der Versteigerung auf indirekte Weise nicht erwerben.

Bei Beginn der Versteigerung teilt der Gerichtsvollzieher den Käufern den *Schätzwert* (den Ausrufpreis) des Mobiliums mit, und ruft sie zu ihren Angeboten auf. Wenn der angebotene Kaufpreis den Ausrufpreis nicht erreicht, so ist dieser *stufenweise herabzusetzen bis auf ein Drittel des Schätzwertes*. Der Meistbietende wird der *Versteigerungskäufer*, der verpflichtet ist, den Kaufpreis sofort in Bargeld zu zahlen. Das anlässlich der ersten Versteigerung nicht verkaufte Mobilium muss — innerhalb von drei Monaten — in der zweiten Versteigerung veräußert werden, wenn auch diese erfolglos ist, muss die Pfändung über das Mobilium aufgehoben und es dem Schuldner zurückgegeben werden.

Der Vollstreckungsgläubiger ist berechtigt, auf der Versteigerung ohne Bargeldzahlung bis zur Höhe seiner Forderung samt Nebenansprüchen zu lizitieren, vorausgesetzt, dass das Mobilium *nur wegen seiner Forderung gepfändet wurde*, oder — im Falle mehrerer Vollstreckungsgläubiger — wenn alle Vollstreckungsgläubiger dem bargeldlosen Kauf zugestimmt haben.

3. Eine relativ selten vorkommende, aber bedeutende Art der Vollstreckung ist die *Immobiliumvollstreckung*.

Zwecks Eintreibung einer Geldforderung kann im allgemeinen nur eine im Eigentum einer Privatperson befindliche Liegenschaft vollstreckt werden, vorausgesetzt, dass die Forderung samt Nebenansprüchen 5000 Forint erreicht.

Die Liegenschaft wird vom Gerichtsvollzieher so gepfändet, dass dieser das Bodennamt ersucht, das Recht zur Vollstreckung in das Liegenschaftsregister einzutragen. Die Pfändung erfolgt mit der Eintragung des Rechtes zur Vollstreckung.

Der Gerichtsvollzieher veräussert *die gepfändete Liegenschaft* — wenn der Schuldner nach der Pfändung *seine Verpflichtung nicht erfüllt* und die Forderung aus den sonstigen Vermögensgegenständen des Schuldners nicht völlig gedeckt ist oder nur nach *unverhältnismässig langer Zeit* befriedigt werden kann — in der Regel *auf einer Versteigerung*. Ausnahmsweise kann — mit Zustimmung der Parteien — der Gerichtsvollzieher die Liegenschaft *auch ausserhalb einer Versteigerung* (freihändig) veräussern, wobei jedoch der Kaufpreis nicht weniger als der Schätzwert betragen kann.

Die Regeln der Immobilienversteigerung sind im wesentlichen den Regeln der Mobilienversteigerung identisch, mit den hauptsächlichsten Abweichungen, dass

- es nur derjenige auf die Liegenschaft lizitieren kann, *der 10% des Schätzwertes* der Liegenschaft beim Gerichtsvollzieher als Anzahlung deponiert;
- die Liegenschaft *nicht zu einem niedrigeren Preis als der Schätzwert* verkauft werden kann;
- *der Vollstreckungsgläubiger* die Liegenschaft zum Schätzwert *nur nach der zweiten erfolglosen Versteigerung mit der Geltung des Versteigerungskaufes übernehmen kann*;
- *die Zahl der Immobilienversteigerungen nicht beschränkt ist*.

4. Die Gerichtsvollstreckung kann nicht nur auf die Eintreibung einer Geldforderung, sondern auch auf die Ausführung einer bestimmten Handlung, die Durchsetzung einer Tätigkeit oder eines Verhaltens gerichtet sein.

Wenn *die Vollstreckung auf die Ausführung einer bestimmten Handlung* oder *die Duldung bzw. das Unterbleiben eines bestimmten Verhaltens* (im weiteren kurz: einer bestimmten Handlung) gerichtet ist, dann ruft der Gerichtsvollzieher in der per Post zugesandten vollstreckbaren Urkunde *den Verpflichteten* (den Schuldner) — unter Setzung einer bestimmten Frist — *zur freiwilligen Erfüllung auf*. Gleichzeitig sendet der Gerichtsvollzieher die vollstreckbare Urkunde auch *dem Vollstreckungsgläubiger* mit dem Aufruf zu, nach Verstreichen der zur freiwilligen Erfüllung gesetzten Frist *deren Eintreten oder deren Ausbleiben mitzuteilen*.

Wenn nach Mitteilung des Vollstreckungsgläubigers der Verpflichtete den Aufruf zu einer bestimmten Handlung *nicht freiwillig erfüllt*, kann dies der Gerichtsvollzieher im erforderlichen Falle *an Ort und Stelle überprüfen* und das darüber angefertigte Protokoll bzw. die Mitteilung des Vollstreckungsgläubigers unverzüglich dem Gericht unterbreiten, an dem er tätig ist. Im Anschluss daran *entscheidet das Gericht durch Beschluss über die Art der Vollstreckung*. So kann das Gericht:

- a) auf Wunsch des Vollstreckungsgläubigers den Verpflichteten *zur Bezahlung des Geldwertes der Leistung verpflichten* beziehungsweise den Vollstreckungsgläubiger dazu berechtigen, dass er *die bestimmte Handlung auf Kosten des Verpflichteten durchführe* oder durch andere durchführen lasse,

- b) den Verpflichteten *mit einer Geldbusse* bis zu 10 000 Forint zur Durchführung der bestimmten Handlung zwingen, wobei die Geldbusse auch wiederholt auferlegt werden kann,
- c) die bestimmte Handlung unter *Mitwirkung der Polizei* (der Schutzmacht) erzwingen.

4.1. Die für die Vollstreckung einer bestimmten Handlung ansonsten geltenden Bestimmungen müssen im allgemeinen auch bei der Vollstreckung des Gerichtsbeschlusses hinsichtlich der *Unterbringung* und der *Übergabe eines Kindes* in Betracht gezogen werden. *Unter Hinsicht auf das Interesse des Kindes* jedoch kommen folgende *abweichende Bestimmungen* zur Anwendung:

- die Abschrift der vollstreckbaren Urkunde muss *der zuständigen Vormundschaftsbehörde* zugesandt werden mit dem Aufruf, die freiwillige Erfüllung durch den Verpflichteten zu erwirken und das Ergebnis des Verfahrens ist innerhalb von 15 Tagen dem Gerichtsvollzieher mitzuteilen;
- wenn die Mitwirkung der Polizei erforderlich ist, dann *ruft die Polizei den Verpflichteten auf*, zusammen mit dem Kind an einem von der Polizei bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit zu erscheinen; die Polizei verständigt hiervon den Gerichtsvollzieher und den Vollstreckungsgläubiger.

4.2. In einzelnen Fällen ist der Schuldner zur *Herausgabe bestimmter Mobiliargegenstände* verpflichtet. Dabei übergibt der Gerichtsvollzieher die vollstreckbare Urkunde persönlich dem Schuldner; gleichzeitig damit *übergibt er das Mobiliarstück dem anwesenden Vollstreckungsgläubiger* bzw. verfügt er, dass das Mobiliarstück vom Schuldner zum Vollstreckungsgläubiger transportiert werden soll. Im Falle der Verweigerung der Herausgabe des Mobiliargutes fordert der Gerichtsvollzieher *die Mitwirkung der Polizei* (der Brachialgewalt) und führt die Vollstreckung sofort durch.

Wenn das betreffende Mobiliargut nicht vorhanden ist, *führt der Gerichtsvollzieher bis auf den wahrscheinlichen Wert des Mobiliargutes die Vollstreckung durch* und pfändet die sonstigen Vermögensgegenstände des Schuldners, das Protokoll darüber legt er dem Gericht vor. Das Gericht stellt nach Anhören der Parteien den Wert des Mobiliargutes fest und die weitere Vollstreckung ist nun auf die Eintreibung dieser entsprechenden Summe gerichtet.

V. *Die Auszahlung der im Laufe der Gerichtsvollstreckung eingeflossenen Summe*

Der abschliessende Abschnitt der auf eine Geldforderung gerichteten Vollstreckung – und zugleich auch des gesamten Vollstreckungsverfahrens – ist die Befriedigung des Vollstreckungsgläubigers.

Die im Laufe der Vollstreckung eingeflossene Summe wird – *nach Ausgleich der Vollstreckungskosten* – vom Gerichtsvollzieher unter den Vollstreckungsgläubigern verteilt. Der Gerichtsvollzieher ist jedoch an die Bestimmungen der GVO gebunden, denen zufolge *die Forderungen*

in einer ihrem Titel gemässen Reihenfolge befriedigt werden müssen. Das bedeutet, wenn die eingeflossene Summe nicht alle Forderungen deckt, dass dann folgende Reihenfolge der Befriedigung beachtet werden muss:

- a) *Kinderunterhaltsbeitrag und Entbindungskosten,*
- b) *sonstiger Unterhaltsbeitrag und auf Unterhalt gerichtete sonstige rentenartige Leistung,*
- c) *nach Arbeitslohn bestehende Forderung,*
- d) *Vergütung des an gesellschaftlichem Eigentum verursachten Schadens und des Inventarmangels,*
- e) *der gemäss dem im Gerichts- und Ordnungsstrafverfahren gegenüber dem Schuldner gefassten Beschluss zugunsten des Staates zu zahlende Betrag, die aus der Vermögenseinzziehung stammende Forderung,*
- f) *die Steuer, die Gebühr oder eine andere öffentliche Schuld,*
- g) *die einem Geldinstitut gegenüber bestehende Schuld, die vom Versicherungsorgan dem Schuldner ungerechtfertigt ausgezahlte Summe,*
- h) *die vom Arbeitgeber (Genossenschaft) und vom Sozialversicherungsorgan dem Schuldner ungerechtfertigt ausgezahlte Summe,*
- i) *der Vergütungspreis für die obligatorisch in Anspruch zu nehmenden oder zu leistenden Naturalien,*
- j) *eine sonstige, dem Staat oder dem Wirtschaftsorgan gegenüber bestehende Schuld,*
- k) *die Ersetzung eines einer Privatperson durch eine Straftat verursachten Schadens und die einer Privatperson gegenüber bestehende Wohnungsmietschuld,*
- l) *eine den Schuldner belastende sonstige Schuld.*

Eine in der Reihenfolge später folgende Forderung kann nur nach völliger Befriedigung der in der Reihenfolge weiter vorn stehenden Forderung befriedigt werden. Wenn die eingeflossene Summe nicht alle der in identischer Reihenfolge aufgezählten Forderungen deckt, dann müssen diese Forderungen *proportionell* befriedigt werden.

Bei der Veräusserung von *Mobiliargut* muss der auf Grund des vertraglichen oder gesetzlichen Pfandrechtes angemeldete Vorzugsanspruch in Betracht gezogen werden und die aus der Veräusserung des Pfandgegenstandes eingeflossene Summe ist in erster Linie zur Befriedigung der durch das Pfandrecht gesicherten Forderung aufzuwenden.

Eine im wesentlichen ähnliche Regel kommt auch bei der *Immobilienvollstreckung* zur Geltung, denn wenn mit der aus der Veräusserung der Liegenschaft eingeflossenen Summe auch die mit *Hypothek* versicherten Forderungen befriedigt werden müssen, dann erfolgt ihre Befriedigung in der Reihenfolge der Eintragungen der Hypotheken. Einzelne Steuern und Gebühren in Verbindung mit der Liegenschaft jedoch müssen — nach Begleichung der Vollstreckungskosten — vor jeder anderen Forderung befriedigt werden.

Wir waren oben bemüht, die Zielsetzungen, allgemeinen Prinzipien und für wichtig beurteilten Regeln des neuen ungarischen Vollstreckungsrechtes kurz zu skizzieren. Es besteht aber kein Zweifel, dass diese Zielsetzungen ihre Richtigkeit und die allgemeinen Prinzipien und einzelnen Bestimmungen der Rechtsnormen *ihre Stichhaltigkeit in der Praxis beweisen müssen*, die jedoch — infolge der kurzen Zeit, die seit Inkrafttreten der neuen Regelung verstrichen ist — noch keine Möglichkeit zur Schlussfolge begründeter Erfahrungen gibt.

¹ Siehe eingehend betreffe dieser Dreiteilung: *Vida, István*: A végrehajtási eljárás (Die Zwangsvollstreckungsverfahren). 208. S. In: *Farkas, József—Németh, János—Névai, László—Szilbereky, Jenő—Varga, Gyula—Vida, István*: Polgári eljárásjog (Zivilverfahrensrecht), Band II. Budapest 1981.

² Siehe im wesentlichen ebenso: *Vida, István*: op. cit. S. 209. Es sind auch solche, von dieser Definition abweichende Standpunkte in der ungarischen Rechtsliteratur bekannt, die die Gerichtsvollstreckung für einen sowohl vom streitigen als auch vom ausserstreitigen Zivilfahren zu trennenden Teil betrachten [siehe so z.B. *Révai, Tibor*: A dolgozók részvétele az igazságszolgáltatásban (Die Teilnahme der Werktätigen an der Rechtspflege). Budapest 1970. 225 S.], bzw. sie als „den zu Teil selbständig gewordenen, sich allgemein an das streitige oder ausserstreitige Verfahren des Zivilprozesses anschliessenden Abschnitt“ bezeichnen. [Névai, László—Szilbereky, Jenő: Polgári eljárásjog (Zivilverfahrensrecht), Budapest 1974. 579. S.]

³ Abgekürzt: GVO (Gerichtsvollstreckungsordnung).

⁴ Abgekürzt: DVO (Durchführungsverordnung).

⁵ Die den Erlass mit Gesetzeskraft Nr. 21 vom Jahr 1955 über die Gerichtsvollstreckung und die sich ihm anschliessenden sonstigen Rechtsnormen sowie die Gerichtspraxis eingehend behandelnden wichtigeren Arbeiten der Rechtsliteratur sind folgende: *Hegyháti, István—Mátéffy, József—Vida, István—Záhony, László*: A bírósági végrehajtás (Die Gerichtsvollstreckung). Budapest 1957; *Eötvös, Oszkár—Hegyháti, István—Nigriny, Elemér—Schelnütz, György—Szigligeti, Viktor—Vékey, Zoltán—Vida, István*: A bírósági végrehajtás szabályainak magyarázata (Die Erklärung der Regeln zur Gerichtsvollstreckung). Budapest 1970; *Vida, István*: A bírósági végrehajtás (Die Gerichtsvollstreckung). Budapest 1978.

⁶ Die unter den Punkten d) — e) bezeichneten vollstreckbaren Urkunden — da sie zu einem beträchtlichem Teil nicht Rechtsinstitute des Zivilverfahrens, sondern des Straf- oder Verwaltungsverfahrens sind — wurden in anderen, zumeist niedrigeren Rechtsnormen geregelt.

⁷ Ein solcher Vergleich ist die Aufteilung des Nachlassvermögens sowie der vor dem Notar geschlossene Vergleich zur Frage der Ablösung des Nießbrauchsrechtes der Witwe laut Absatz (3) des § 58 der Verordnung Nr. 6/1958. (VII. 4.) IM bzw. laut Absatz (1) des § 72/C.

⁸ Siehe in Verbindung damit eingehender: *Révai, Tibor*: Die charakteristischen Grundzüge der neuen ungarischen Exekutionsordnung, Zeitschrift für Rechtsvergleichung. Heft 3, 1981. S. 197.

⁹ In Ungarn gibt es keine Privatnotare. Die an den Kreisgerichten tätigen staatlichen Notare — die im übrigen den Anforderungen der Richterwahlentsprechen müssen — werden vom Justizminister ernannt. (Siehe den Absatz (1) des § 40 des Gesetzes IV vom Jahre 1972 über die Gerichte.)

¹⁰ Die Vollstreckungsklausel enthält all die Angaben und Massnahmen, die der Gerichtsvollzieher zur Vollstreckung benötigt.

¹¹ Diese Wertgrenze beträgt gegenwärtig nach dem § 7 der DVO 300 Forint.

¹² Der § 51 der GVO erlaubt im allgemeinen 33% Abzug des Arbeitslohnes im Laufe der Vollstreckung, bei einzelnen hervorgehobenen Forderungen jedoch (z. B. Unterhaltsgeld, Arbeitslohnforderung usw.) sowie im Falle mehrerer Pfändungen kann sich der Abzug bis auf 50% des Arbeitslohnes erstrecken.

¹³ Bei Forderungen von Wirtschaftsorganisationen beträgt diese Wertgrenze 2000 Forint, bei anderen Vollstreckungsgläubigern jedoch nur 1000 Forint (§ 8 der DVO).

¹⁴ Es kann ausnahmsweise vorkommen, dass das Vollstreckungsverfahren in speziellen Angelegenheiten nicht vom Gericht oder vom Notar eingeleitet wird, sondern von einem anderen — durch eine besondere Rechtsnorm dazu befugten — Organ (Wirtschaftsamt des Gerichtes, Fahndungsbehörde, Steuerbehörde usw.).

¹⁵ Die Bedeutung der Gerichtsvollstreckung innerhalb des Zivilverfahrens wird bis zu gewissem Grade auch durch den Umstand aufgezeigt, dass 1981 in Ungarn die gemeinsame Zahl der gerichtlichen und notariellen Vollstreckungsangelegenheiten (231 480) die Zahl der an den Kreisgerichten, den Arbeitsgerichten und den Komitatsgerichten in erster und zweiter Instanz abgeschlossenen strittigen Angelegenheiten (225 077) überstieg.

¹⁶ Mit der Ausnahme, wenn die Vollstreckung durch unmittelbare gerichtliche oder notarielle Pfändung bzw. auf Grund einer gerichtlichen Aufforderung erfolgt.

¹⁷ Auf Grund des Punktes 4/c der „Beilage“ zur Verordnung des Finanzministers Nr. 6/1982. (II. 17.) über das Verfahren der Devisenbehörde.

¹⁸ Abgekürzt: ZPO (Zivilprozessordnung).

¹⁹ Siehe so z. B.: Absatz (2) des § der GVO, Punkt c) des § 95, Punkt a) des Absatzes (2) des § 65 der DVO.

²⁰ Absatz (2) des § 17 des Erlasses mit Gesetzeskraft Nr. 5 vom Jahr 1958 über das Inkrafttreten und die Durchführung des Gesetzes VIII vom Jahr 1957 zur Modifizierung einzelner Bestimmungen der Zivilprozessordnung.

²¹ Die Gebühren des Vollstreckungsverfahrens betragen 3% des Wertes des Gegenstandes des Verfahrens. (Punkt e) Abs. (1) des § 116 der Verordnung Nr. 11/1966. (VI. 29.) des Finanzministers über die Gebühren.)

²² Der Kassationsantrag ist ein solches spezielles Institut des ungarischen Zivilverfahrensrechtes, das der Überprüfung der rechtskräftigen Gerichtsbeschlüsse von Amts wegen dient und dessen Ziel in der Gewährleistung der einheitlichen Gesetzlichkeit besteht. Er kann nur vom Vorsitzenden des Obersten Gerichtes oder vom Generalstaatsanwalt gestellt werden. Wenn der Kassationsantrag innerhalb eines Jahres von Erlangung der Rechtskraft des angegriffenen Beschlusses beim Obersten Gericht gestellt wird, dann erstreckt sich die Geltung der zu treffenden Entscheidung auch auf die Parteien. (Siehe eingehender: *Németh, János: Rendkívüli perorvoslatok a magyar polgári eljárásjogban* (Ausserordentliche Rechtsmittel im ungarischen Zivilprozessrecht). Budapest 1975, S. 55–62.).

²³ Eine öffentliche Urkunde ist dem Absatz (1) § 195 der ZPO zufolge eine solche Urkunde, die vom Gericht, vom Notar oder vom einer anderen Behörde innerhalb des Aufgabengebietes in der festgelegten Form ausgestellt wurde.

²⁴ Dem Inhalt des Absatz (1) des § 324 des Gesetzes IV. vom Jahre 1959 (ZGB) zufolge verjähren die Forderungen im allgemeinen innerhalb von 5 Jahren.

CURRENT DEVELOPMENTS IN THE LAW OF EXECUTION OF JUDGEMENTS IN HUNGARY

JÁNOS NÉMETH

Associate Professor

- I. Introduction
- II. Conditions of execution of judgement
- III. General rules of the institution and process of execution of judgement
- IV. Special rules of the different types of execution of judgement
- V. Payment of the sum received from the execution of judgement

LES DERNIÈRES ÉVOLUTIONS EN MATIÈRE D'EXÉCUTION FORCÉE EN HONGRIE

JÁNOS NÉMETH

Professeur agrégé

- I. Introduction
- II. Les conditions de l'exécution forcée
- III. Les règles générales du déclenchement et de la procédure de l'exécution forcée
- IV. Les règles spéciales de certaines formes d'exécution forcée
- V. Le paiement de la somme en provenance de l'exécution forcée